

Bielefeld integriert – Rückblick und Perspektiven

Ausgangssituation

Der Arbeitsprozess „Bielefeld integriert – Umgang mit der Flüchtlingszuwanderung“ wurde im März 2015 gestartet. Seitdem haben viele zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam mit der Verwaltung daran gearbeitet, dass geflüchtete Menschen gut in Bielefeld ankommen und Strukturen für eine gelingende Integration aufgebaut bzw. weiterentwickelt werden konnten.

In zahlreichen Sitzungen der Lenkungsgruppe, der drei handlungsfeldbezogenen Fachgruppen¹ und der übergreifend agierenden Gruppe im Zusammenhang mit dem bürgerschaftlichen Engagement haben sich Expertinnen und Experten mit ausgesprochen hohem Engagement zu den jeweils aktuellen und relevanten Themen ausgetauscht, haben wichtige Handlungsimpulse gesetzt und notwendige Strukturverbesserungen auf den Weg gebracht. Kennzeichnend für diesen Prozess waren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten (u.a. mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege und Jugendarbeit, den Bildungseinrichtungen, Sportvereinen, Kirchen und zahlreichen Initiativen und Gruppierungen) genauso wie das Denken in pragmatischen und guten Lösungen. Wichtig war dabei, dass immer wieder auch der Austausch und die Beratung mit bürgerschaftlich aktiven Menschen gesucht wurde (z. B. Fachtag). Zu den praktischen Lösungen und Maßnahmen gehören unter anderem

- die Wohnraumschaffung für geflüchtete Menschen – und dies in kürzester Zeit, in einem enormen Ausmaß und in einem angemessenen Standard. Dadurch wurden Wohnungslosigkeit und soziale Konflikte vermieden. Die großen Unterkunftsstandorte können mittlerweile nach und nach aufgegeben werden.
- die Stärkung quartiersbezogener Angebote, konkret die sozialräumliche Ausrichtung der Flüchtlingssozialarbeit, die Stärkung der Regelangebote der Kinder- und Jugendarbeit, die Etablierung der Stadtteilkoordination in ausgewählten Quartieren und die Einrichtung von ehrenamtlich unterstützten Sprachtreffs als sinnvolle Ergänzung beim Spracherwerb.
- die Entwicklung von Maßnahmen zur Berücksichtigung der Belange besonders vulnerabler Personen (u.a. Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderungen, LSBTI) insbesondere in den Unterkünften.
- die regelhafte Zusammenarbeit mit der Polizei u.a. im Hinblick auf das Thema Sicherheit und Prävention.
- die Bereitstellung von Projektmitteln zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration der geflüchteten Menschen und des Zusammenhalts in den Nachbarschaften.

¹ Zu den Themen „Unterbringung und Versorgung“, „Gesellschaftliche Teilhabe“ und „Ausbildung und Arbeit“

- die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für das freiwillige Engagement in der Flüchtlingshilfe bei der Freiwilligenagentur Bielefeld.
- regelmäßige Angebote der Qualifizierung für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit und die Durchführung der Fachtage für freiwillig Engagierte sowie
- der enge Dialog des Sozialdezernates mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dieser erfolgte bei der Ausweisung neuer Unterkunftsstandorte zunächst in Form von Runden Tischen für die Nachbarschaft. Darüber hinaus wurden im weiteren Verlauf zahlreiche Integrations- und Bürgerdialoge in den Stadtteilen durchgeführt, um über Integrationsbemühungen und -erfolge, aber auch die Handlungsbedarfe ins Gespräch zu kommen.

Die Verwaltung hat zuletzt Mitte 2016 einen umfangreichen Bericht über das Erreichte und die weiteren Handlungsschwerpunkte in die Beratung der politischen Gremien eingebracht². Ergänzend steht in den Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses regelhaft das Thema „Integration von Flüchtlingen in Bielefeld“ auf der Tagesordnung; fachbezogene Vorlagen u.a. zur Sprachförderung, zur Arbeitsmarktintegration und zum freiwilligen Engagement wurden in die politische Beratung eingebracht und im großen Konsens unterstützt.

Der Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ ist geprägt von komplexen und sich verändernden Rahmenbedingungen, von daher ist eine flexible Prozessgestaltung angezeigt. Kennzeichnend für die aktuelle Situation ist,

- dass die Zahl der neu dazu kommenden Geflüchteten stark gesunken ist und viele Geflüchtete die Stadt bzw. das Land auch wieder verlassen haben;
- dass kontinuierliche Neuzuwanderung – mit ähnlichen Integrationserfordernissen - z. Z. insbesondere im Kontext von Familiennachzügen und EU-Binnenwanderung stattfindet;
- dass die Zahl der in Bielefeld lebenden Menschen ohne verlässliche Bleibeperspektive, aber mit einer Duldung z. Zt. bei rund 700 Personen liegt und damit eine relativ große Gruppe umfasst. Auch hier sind integrationsfördernde Bemühungen angezeigt, da viele der betroffenen Menschen voraussichtlich noch einige Jahre - und nicht wenige auf Dauer - in Bielefeld leben werden;
- dass die zentralen Unterkünfte zunehmend aufgegeben werden (können). Stattdessen gelingt es immer besser, ein „normales“ Wohnen für die geflüchteten Menschen zu realisieren. Auch wenn die Stadtbezirke ungleich davon betroffen sind und sich die in Frage kommenden (Sozial)Wohnungen in einigen Stadtteilen konzentrieren, ist dies ein wichtiger Schritt, damit die Menschen in der Stadt ankommen können und sich aufgenommen fühlen. Auch in Zukunft geht es im Kern immer um Modelle des „Wohnens für alle“ und nicht um das „Gegeneinander-Ausspielen“ der verschiedenen auf dem Wohnungsmarkt benachteiligten sozialen Gruppen.

² Vgl. Drucksachen-Nr. 3302/2014-2020: Bericht über den Arbeitsprozess „Bielefeld integriert – Umgang mit der Flüchtlingszuwanderung“

Zudem ist zu berücksichtigen, dass in den vergangenen Jahren Fortschritte in der Integration erreicht wurden, gleichzeitig neue Herausforderungen und Entwicklungschancen entstanden sind. Dazu gehören unter anderem

- die bisherigen Erfolge im Spracherwerb, in der Beteiligung am Arbeitsmarkt und in der Bildungsteilhabe auszubauen und zu verstetigen,
- darauf zu reagieren, dass die geflüchteten Menschen nach der Erstversorgung zunehmend den bekannten Herausforderungen von Neuzugewanderten gegenüberstehen und entsprechende Unterstützung benötigen;
- dass sich deshalb die Problemlagen von Geflüchteten, von EU-Zuwanderer*innen und Zugewanderten aus Drittstaaten einander annähern und deshalb konzeptionell nicht mehr getrennt voneinander bearbeitet werden können;
- die Neuzugewanderten noch stärker als bislang nicht nur als Unterstützungsempfänger (als „Objekte“ der Hilfe), sondern als eigenverantwortliche Subjekte betrachtet werden müssen und
- dass wir es auch in Bielefeld mit „Ermüdungserscheinungen“ in der Aufnahmegesellschaft und in Teilen mit einer (zumindest so empfundenen) Überforderung der Zivilgesellschaft bis hin zur Ablehnung der geflüchteten Menschen zu tun haben.

Unsere Demokratie – und auch konkret unsere Stadtgesellschaft und ihre Institutionen – stehen aktuell vor großen Herausforderungen, die durch Neuzuwanderung verstärkt werden: Sie müssen den Ängsten der Menschen vor den rasanten gesellschaftlichen Veränderungen begegnen und Antworten auf die Alltagsfragen und -sorgen der Bürgerinnen und Bürger finden; sie müssen den Menschen die Sicherheit geben, dass es Lösungen für ihre kleinen und großen Probleme gibt. Die Demokratie muss dabei immer wieder neu Erfahrungsräume schaffen, in denen sich die Menschen in ihrer Verschiedenheit begegnen und erfahren können, dass sich die Übernahme gemeinsamer Verantwortung lohnt. Dies muss im weiteren Prozess im Blick behalten werden.

Vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen und Entwicklungschancen ist eine engere Verzahnung mit dem weiterentwickelten Bielefelder Integrationskonzept „Diversität, Partizipation und Teilhabe“ notwendig und zielführend. Das Konzept richtet sich an alle, es bezieht auch die Partizipation und Integration geflüchteter Menschen ein, die – im Gegensatz zu früheren Gruppen Schutzsuchender – zum großen Teil eine mittel- bis langfristige Aufenthaltsperspektive haben. So verweist der in die Beratung eingebrachte Bericht zur Umsetzung des Integrationskonzeptes³ auf diverse Initiativen und Maßnahmen inkl. der Wirkungen, die im Rahmen von „Bielefeld integriert“ realisiert bzw. erreicht wurden. Der Sozialdezernent und die Integrationsbeauftragte praktizieren deshalb schon seit Langem die notwendige enge Zusammenarbeit und stimmen die Überlegungen und Vorhaben immer enger miteinander ab.

³ Vgl. Drucksachen-Nr. 6531/2014-2020

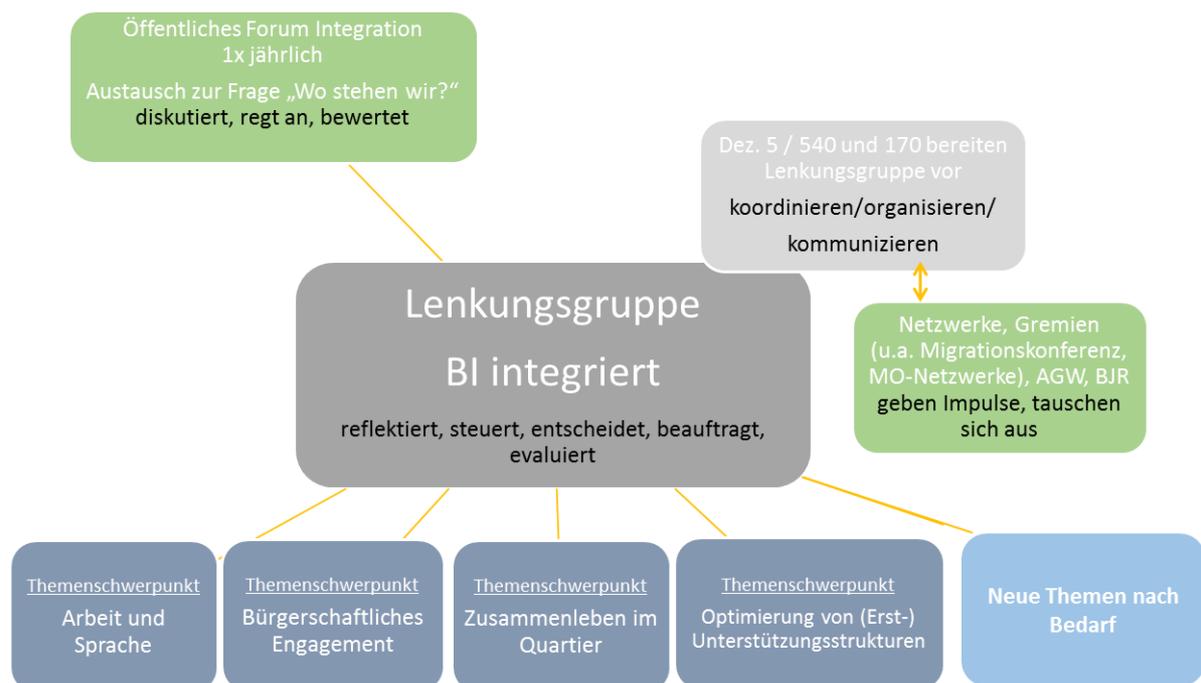
Von großer Bedeutung ist auch die enge Verzahnung des Prozesses mit dem Schul- sowie dem Bau- und Dezernat. Ziel der Neuaufstellung des Arbeitsprozesses „Bielefeld integriert“ ist, strukturiert und in enger Zusammenarbeit aller relevanten Akteure die Umsetzung des Integrationskonzepts auf Basis des dort formulierten, vom Rat der Stadt beschlossenen Leitbildes⁴ voranzutreiben und einen Beitrag zu einem guten Zusammenleben aller Bielefelder*innen - unabhängig von ihrer Herkunft - zu leisten.

Allen Beteiligten ist bewusst, dass in dem Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ die Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft nur schrittweise angegangen werden können. Von daher ist die Lenkungsgruppe gefordert und wird die notwendige Prioritätensetzung vornehmen.

Bielefeld integriert – ein Update

Vor dem Hintergrund der skizzierten Eckpunkte sollen der Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ und die Handlungsansätze zur Förderung der Integration angepasst werden. Im Folgenden wird das mögliche weitere Vorgehen inklusive der Arbeitsstrukturen und -prozesse skizziert.

Abb.: Aktualisierte Arbeitsstruktur Bielefeld integriert



⁴ Leitbild „Wir fördern Integration - Integrationskonzept für Bielefeld - (s. Ratsbeschluss 23.09.2010)

Vision:

Alle Menschen in dieser Stadt achten und anerkennen sich in ihrer Unterschiedlichkeit.

Der Zugang aller Bielefelderinnen und Bielefelder zu wichtigen Ressourcen wie z. B. Erziehung, Bildung, Ausbildung, Beruf, Kultur, Freizeit, Gesundheit soll ebenso gewährleistet sein wie die Beteiligung an der räumlichen und sozialen Gestaltung der Stadt.

Es soll eine gemeinsame städtische Kultur entstehen, die keine künstlichen Grenzen zwischen Menschen aus verschiedenen Regionen der Welt zieht und keine ethnisch homogenen Gruppen konstruiert.

Lenkungsgruppe

Die Lenkungsgruppe nimmt weiterhin eine zentrale Rolle in der Gestaltung des Arbeitsprozesses „Bielefeld integriert“ ein. Die Mitglieder bringen ihre fachliche Kompetenz in den Prozess ein und sind für die strategische Ausrichtung sowie die Steuerung der operativen Arbeit, fokussiert auf Neuzugewanderte, verantwortlich. Die bisherige Zusammensetzung der Lenkungsgruppe⁵ hat sich bewährt und soll zukünftig um bis zu drei bürgerschaftlich engagierte Personen erweitert werden.

Die Aufgaben der Lenkungsgruppe bestehen konkret darin, auf der Grundlage eigener Expertise zum einen und (insbesondere auch kleinräumiger) Daten, Bestandsaufnahmen, Problemanzeigen, neuer gesellschaftlicher Realitäten oder Trends etc. zum anderen

- (a) Handlungsbedarfe zu identifizieren und ggf. zu priorisieren,
- (b) Arbeitsstrukturen und -aufträge zu formulieren,
- (c) Rahmenbedingungen für die Bearbeitung zu skizzieren und
- (d) über konkrete Vorschläge und Maßnahmen zu entscheiden.

Auch die Wirkungen und die Erfolgsindikatoren der einzelnen Integrationsmaßnahmen sollen von der Lenkungsgruppe zunehmend in den Blick genommen werden.

Als Unterstützung der Beratungs- und Entscheidungsprozesse der Lenkungsgruppe bereiten das Dezernat 5 und das Kommunale Integrationszentrum bzw. die Integrationsbeauftragte die Sitzungen gemeinsam vor und unterstützen die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten. Hierbei wird sowohl auf vorliegende Berichte, Analysen, Ergebnisse des Integrationsmonitorings oder laufender Modellvorhaben (u.a. „Einwanderung gestalten NRW“, HEVI, Kommunale Koordinierung für Neuzugewanderte, NRWeltoffen) als auch auf die Erfahrungen, Hinweise und Problemanzeigen der Freien Wohlfahrtspflege, des Bielefelder Jugendrings und der Migrantenorganisationen und ihrer Netzwerke zurückgegriffen. Zudem sorgen das Sozialdezernat und die Integrationsbeauftragte für eine regelmäßige Rückkoppelung der fachlichen Debatte und deren Ergebnisse in die Ratsgremien der Stadt.

Themenbezogene Arbeit

Grundlage der themenorientierten Arbeit sind die von der Lenkungsgruppe identifizierten Problemlagen und Herausforderungen sowie Entwicklungschancen. Die im Integrationskonzept benannten Handlungsfelder haben dabei eine hohe Relevanz. Im ersten Schritt wird die Lenkungsgruppe jeweils überprüfen, ob die Bearbeitung in bereits vorhandenen Strukturen erfolgen kann oder ob es hierzu neuer lebensphasen- oder themenorientierter Arbeitsstrukturen bedarf.

Die bisherigen Fachgruppen haben gerade in der Hochphase der Flüchtlingszuwanderung, aber auch danach einen unverzichtbaren Beitrag für die Bewältigung der Herausforderungen geleistet.

⁵ Die Lenkungsgruppe setzt sich aus Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, des Bielefelder Jugendrings, der Wohnungswirtschaft, den Vorsitzenden/Mitgliedern von JHA, SGA und Integrationsrat, Vertreter*innen der Dezernate OB, 2 und 5 und der REGE zusammen.

Bei der Weiterentwicklung der Integrationsförderung ist unter Berücksichtigung der bereits skizzierten Herausforderungen und Chancen (s. S. 2) davon auszugehen, dass einzelne Themen der bislang eingesetzten Fachgruppen in bereits vorhandenen Gremien bearbeitet werden können und müssen. So bieten sich für das Handlungsfeld Wohnen insbesondere die dezernatsübergreifende Arbeitsstruktur des „Masterplan Wohnen“, die laufenden Stadtumbauprozesse (z.B. INSEK und Konversion) und die Arbeitsgruppe „Wohnraum für einkommensschwache Gruppen“ an. Dabei ist das Sozialdezernat, aber auch die freie Wohlfahrtspflege und die Zivilgesellschaft gefordert, die Bedarfslagen der sozial benachteiligten Menschen immer wieder in die Beratungen einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass sowohl ein bedarfsgerechtes Angebot an preisgünstigem Wohnraum zur Verfügung steht als auch, dass in den Quartieren alle Gestaltungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Belegung (mit dem Ziel heterogener Bewohnerschaften) genutzt werden. Bezogen auf die Kindertagesbetreuung und die Offene Kinder- und Jugendarbeit finden sich mit der AG 78 im Rahmen des SGB VIII gut etablierte Gremienstrukturen. Der Lenkungsgruppe kommt dabei zukünftig die Aufgabe zu, die Beratung der Themen in den genannten Gremien zu begleiten und gegebenenfalls einzufordern.

Bei anderen Themen ist nach wie vor die Bearbeitung in der Arbeitsstruktur von „Bielefeld integriert“ angezeigt, wobei es sowohl kurzfristig, zeitlich begrenzt zu bearbeitende als auch längerfristige Aufgabenstellungen geben wird. Die künftige Schwerpunktsetzung in der Bearbeitung der Themen wird eine fortlaufende Aufgabe der Lenkungsgruppe sein.

Bezogen auf das freiwillige Engagement haben sich die Unterstützungsstrukturen zwischenzeitlich gefestigt, angesichts der großen Bedeutung des freiwilligen Engagements für die Integrationsprozesse erscheint der entsprechende Fachaustausch in einer Arbeitsgruppe zum jetzigen Zeitpunkt aber auch weiterhin sinnvoll. Gleichwohl bedarf es der regelmäßigen Überprüfung dieser Sichtweise durch die Lenkungsgruppe. Möglicherweise kann das Thema „freiwilliges Engagement“ auf Dauer in bereits vorhandene Strukturen überführt werden. Wichtig ist in jedem Fall, dass das vorhandene Engagement auf Dauer für die Stadtgesellschaft gesichert wird und die engagierten Menschen gehört, qualifiziert und begleitet werden.

Die fachlichen Debatten der vergangenen Monate und der Austausch mit Ehren- und Hauptamtlichen in der Flüchtlingshilfe zeigen, dass darüber hinaus die Themen „Zusammenleben und Zusammenhalt im Quartier“ und „Optimierung von (Erst-)Unterstützungsstrukturen“ mit interdisziplinärem Blick und hoher Priorität bearbeitet werden sollten.

Weitergehende Überlegungen zur themenbezogenen Arbeit finden sich ab Seite 8ff.

Öffentliches Forum Integration

Dieses Forum soll Raum und Zeit bieten, den Integrationsprozess mit den engagierten Akteuren der Stadtgesellschaft auf den Prüfstand zu stellen, Handlungsansätze zu kommunizieren, die Vernetzung zu befördern und/oder neue Perspektiven zu entwickeln. Die Themenauswahl und Ausgestaltung des Forums erfolgt in enger Abstimmung zwischen dem Integrationsrat und der Lenkungsgruppe „Bielefeld integriert“.

Netzwerke und Gremien

Zahlreiche Migrantinnen und Migranten engagieren sich in Vereinen und Verbänden und können ihre Erfahrungen und Kompetenzen für ein gutes Ankommen und die Gestaltung eines vielfältigen und inklusiven Zusammenlebens in der Stadt einbringen. Als Ansprechpartnerin und Netzwerkstelle der Migrantenorganisationen kommt dem Kommunalen Integrationszentrum die Aufgabe zu, einen guten Informationsfluss zu organisieren, die Migrantenorganisationen zu Beteiligten zu machen und ihnen zu ermöglichen, ihre Belange in die Beratungen einzubringen. Gemeinsame Aktivitäten von Lenkungsgruppe und Migrantenorganisationen und der Migrationskonferenz (z.B. in Form von Workshops) sind eine solide Grundlage für gegenseitige Befruchtung und Akzeptanz und gemeinsames Wirken.

Die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände und der Bielefelder Jugendring sind wichtige Gradmesser des Integrationsfortschritts, den zahlreichen Angeboten und Diensten in der Fläche kommt hierbei die Aufgabe eines Frühwarnsystems zu. Von daher steht es außer Frage, diese fachliche Expertise prozessbegleitend abzurufen.

Erste Prioritätensetzungen: Schwerpunktthemen für Arbeitsgruppen

Im Folgenden werden die aktuell zu bearbeitenden Schwerpunktthemen benannt. Diese sollen in vier Arbeitsgruppen bearbeitet werden, wobei doppelte Beratungen in unterschiedlichen Gremien vermieden werden. Beim Thema „Wohnen und Zusammenleben im Quartier“ erscheint es unter Umständen angezeigt, quartiersorientierte Unter-Arbeitsgruppen zu bilden. Die Arbeitsweise wird nach Konsentierung der Themen weiter konkretisiert.

Die im Folgenden genannten Integrationsziele sind im Integrationskonzept der Stadt niedergelegt, das vom Rat der Stadt 2010 beschlossen und 2016 in einer Weiterentwicklung bestätigt wurde.

Thema:

Arbeit und Sprache

Integrationspolitisches Ziel

1. Steigerung der Sprachkompetenz
5. Erfolgreicher Verlauf des Übergangs Schule – Ausbildung – Beschäftigung/Arbeit
6. Menschen mit Migrationshintergrund sind entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung strukturell in der Arbeitswelt vertreten.

Ausgangssituation /Aktuelle Herausforderungen ...

... im Bereich Sprache

Es entstehen Wartezeiten/Pausen/Kursabbrüche durch ein nicht ausreichend abgestimmtes Kursangebot.

Angebotslücken und Kursangebote, die nicht an der individuellen Situation bzw. den Voraussetzungen der Teilnehmenden (Bildungsniveau, Familie, Gesundheit, Arbeit) anknüpfen, erschweren das Erlernen der deutschen Sprache und wirken demotivierend.

Es fehlen Sprachkursangebote für Personen ohne Bleibeperspektive.

Aus der geringen Transparenz in der Angebots- und Akteursstruktur in dem Themenbereich „Sprache“ resultieren Orientierungsschwierigkeiten sowohl für Zuwanderer als auch für Hauptamtliche und Ehrenamtliche.

... im Bereich Arbeit

Viele Neuzuwanderer finden Beschäftigung häufig nur in prekären Arbeitsverhältnissen.

Neuzuwanderer benötigen (mehr) Hilfe und Orientierung bei der Anerkennung von Abschlüssen, Jobsuche, Bewerbung, Weiterqualifizierung.

Es gibt eine Vielzahl von Beratungsangeboten, die in vielen Fällen jedoch eigenständig und nicht abgestimmt agieren.

Aus der geringen Transparenz in der Angebots- und Akteursstruktur im Themenbereich „Arbeit“ resultieren Orientierungsschwierigkeiten sowohl für Neuzuwanderer*innen als auch für Hauptamtliche und Ehrenamtliche.

Insgesamt gibt es unzureichend ausgebaute Kooperationen und Vernetzung zwischen den operativen Akteuren.

Auch auf Arbeitgeberseite herrscht vielfach Unsicherheit bezüglich auftauchender Fragen im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsrecht, der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen sowie fehlender praxisnaher Sprachcoaching-Projekte.

Die Anerkennung von ausländischen Schul-, Berufs- und Bildungsabschlüssen verläuft mühselig, zeitaufwendig und wenig abgestimmt.

Ziele und Maßnahmen im Bereich Sprache

- ⇒ verbesserte Übersichtlichkeit/ Transparenz der Angebote , Bestandsaufnahme
- ⇒ Schaffung eines Kommunikations- und Informationssystems für Neuzuwanderer*innen (analog und digital)
- ⇒ Etablierung eines Qualitätszirkels - qualitative und quantitative Auswertung und Weiterentwicklung der Sprachförderung -
- ⇒ Überschneidungen/Doppelungen und Lücken sind anhand der „Dienstleistungsketten“ identifiziert; optimierte Dienstleistungsketten werden umgesetzt und erprobt
- ⇒ Erweiterung der Sprachangebote - Entwicklung von flankierenden Angeboten

Ziele und Maßnahmen im Bereich Arbeit

- ⇒ Verbesserung der Voraussetzungen für die Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration – Konzipierung und Umsetzung praxisnaher Angebote (Sprachcoaching) und Kursformen (Abendkurse) für spezielle Berufe
- ⇒ Verbesserung der Dienstleistungen und der Beratung für die Unternehmen - Arbeitgeberservice zur Einstellung von Neuzugewanderten (Servicestelle für die Themen Praktikum, Arbeitserlaubnis, ergänzende Sprachförderung, Versicherung etc.)
- ⇒ Optimierung der Anerkennungsberatung durch eine verbesserte Information der Neuzugewanderten und eine zeitnahe, effektive Verweisberatung

Besetzung der Arbeitsgruppe

Die Arbeit der Fachgruppe wird in der bisherigen Besetzung weitergeführt.

Prozessverantwortlich

Klaus Siegeroth; REGE

Thema:

Bürgerschaftliches Engagement

Integrationspolitisches Ziel

11. Verstärkte Förderung des interkulturellen Zusammenlebens
13. Verbindliche inhaltliche Kooperation (organisatorisch und inhaltlich) von Stadt, freien Trägern, Migrantenorganisationen/ Vernetzung von Integrationsförderung und -arbeit vor Ort

Ausgangssituation / Aktuelle Herausforderungen

Das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement stellt auf kommunaler Ebene eine zentrale Ressource der Aufnahme und Integration dar. Dies haben die Menschen in Bielefeld seit 2015 in beeindruckender Weise gezeigt, sie waren und sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Belange Anderer zu engagieren. Dies gilt sowohl für die einheimische Bevölkerung wie für die Zugewanderten.

Im Rahmen des bisherigen Prozesses „Bielefeld integriert“ konnten vorhandene Strukturen gestärkt werden (z.B. die Freiwilligenagentur Bielefeld), neue Angebote initiiert werden (z.B. das Projekt Macht-zusammen-Bi der Freiwilligenakademie OWL), Fortbildungen und Vernetzungen organisiert und die Teilhabe der freiwillig Engagierten punktuell realisiert werden.

Die vielfältigen Formen des gesellschaftlichen Engagements für geflüchtete Menschen gilt es zu erhalten und insgesamt für die Stadtgesellschaft zu verstetigen. Dabei ist Folgendes zu berücksichtigen:

- Aktuelle Studien verweisen auf eine zunehmende Überlastung / Überforderung der Ehrenamtlichen bis hin zur Beendigung des Engagements. Dies auch, weil es oftmals schwierig ist, sich in den einzelnen Rechtskreisen und den zahlreichen Handlungsfeldern sicher zu bewegen. Auch handelt es sich häufig um ein langfristiges Engagement mit multiplen Problemlagen, insbesondere bei Patenschaften.
- Freiwillig Engagierte sind wichtige „Sensoren“ beim Blick auf bzw. in die Gesellschaft. Sie können aus ihrer alltäglichen Erfahrung Bedarfe benennen und bieten sich für die Rückkopplung bzw. als Feedbackgeber zu den Wirkungen einzelner Maßnahmen an. Ebenso verhält es sich mit den Geflüchteten selbst.
- Als Fazit der in 2017 durchgeführten Fachtage bleiben u.a. die Forderung nach einer Bestandsanalyse der Angebote, einer transparenten Angebotsdarstellung, nach einer zentralen Anlaufstelle für integrationspezifische Fragestellungen und die Anpassung der Regelangebote an die aktuellen Bedarfe.
- Für etliche Projekte zur Unterstützung des freiwilligen Engagements wird in den nächsten Monaten die Förderung auslaufen, so dass sich jenseits von zusätzlichen Fördertöpfen die Frage der Nachhaltigkeit stellt.
- Ein wichtiges Thema im Kontext der Freiwilligenarbeit ist die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen und den besonderen Anforderungen beim Engagement von Neuzugewanderten.
- Wertschätzung und Anerkennung der Engagements sowie die Öffentlichkeitsarbeit sind unbestritten wichtig und in geeignete Formate zu bringen.

Ziele und Maßnahmen

- ⇒ Fortführung und Weiterentwicklung der handlungs- und praxisorientierten Fortbildungen und der Begleitung und Unterstützung der Ehrenamtlichen
- ⇒ Förderung von kurzfristigen und/ oder punktuellen Engagementmöglichkeiten
- ⇒ Sicherstellung, dass Hinweise, Anregungen und Kritik der Ehrenamtlichen konstruktiv wahrgenommen und im Entscheidungsprozess thematisiert werden (Partizipation im weiteren Sinn)
- ⇒ Einbindung von Geflüchteten in die Ehrenamtsarbeit
- ⇒ Transparente Darstellung der integrationsfördernden Angebote und Strukturen in der Stadt
- ⇒ Vorschläge für die Lenkungsgruppe bzgl. der Fortführung bzw. Weiterentwicklung von Projekten der Unterstützung des freiwilligen Engagements
- ⇒ Verstärkte Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen – Abschluss von konkreten Vereinbarungen zur Zusammenarbeit
- ⇒ Würdigung und Wertschätzung des Engagements (jährlichen Veranstaltung für Ehrenamtliche)
- ⇒ Leistungen und Wirkungen i. Z. des bürgerschaftlichen Engagements werden sichtbar gemacht – gute Beispiele werden kommuniziert

Besetzung der Arbeitsgruppe

Ergänzend zu den Mitgliedern der bisherigen Fachgruppe 4 soll der Verein „Erfahrungswissen für Initiativen – EFI“ eingebunden werden.

Prozessverantwortliches Tandem

Ulrich Paus, AGW/Caritasverband Bielefeld e.V.
Gisela Krutwage, Sozialdezernat/Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Thema:

Wohnen und Zusammenleben im Quartier

Integrationspolitisches Ziel

10. Stadtteilentwicklungspolitik des sozialen Ausgleichs betreiben
11. Demokratische Grundhaltung und partizipative Prozesse fördern

Ausgangssituation / Aktuelle Herausforderungen

Integration beginnt dort, wo Menschen leben und wo sie ihre sozialen Kontakte haben, konkret in den Quartieren bzw. Stadtteilen und den Nachbarschaften. Von daher kommt der sozialräumlichen Orientierung im Rahmen des Integrationsprozesses eine große Bedeutung zu.

Bezogen auf das Zusammenleben im Quartier stellen sich zahlreiche Herausforderungen resp. Fragen:

- ⇒ Wie bekommen wir die Abstimmung der mancherorts zahlreich vorhandenen sozialräumlichen Angebote noch besser hin?
- ⇒ Wie können Vertrauen und Vertrautheit als Basis für Dialog geschaffen werden?
- ⇒ Wie können Einheimische und Neuzugewanderte Partizipation und Demokratie leben und erleben?
- ⇒ Wie können sich Neuzugewanderte als Ideengeber und Träger des Neuen einbringen?
- ⇒ Was braucht es in den Quartieren (noch) für einen guten und tragfähigen soziale Zusammenhalt? Wie kann es gelingen, dass sich alle in den Quartieren beheimatet fühlen?
- ⇒ Wie kann es gelingen, auch jene Quartiere zu unterstützen, die bislang nicht im Fokus stehen, gleichwohl aber wichtige Beiträge zur Integration leisten können?

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Vorhaben und Projekte mit einem quartiersorientierten Ansatz auf den Weg gebracht, ohne dass im Einzelnen klar bzw. abgestimmt war und ist, wer mit welcher Zielsetzung tätig wird.

Naturgemäß wird es bei der weiteren Bearbeitung des Handlungsfeldes etliche Anknüpfungspunkte zu den anderen Arbeitsgruppen und anderen laufenden Vorhaben geben. Beispielhaft genannt werden kann hier das vom Rat der Stadt Bielefeld im April 2018 beschlossene Jahr der Demokratie 2019 mit dem Ziel, in vielfältigen Veranstaltungsformaten Demokratie erlebbar zu machen und für das Engagement für demokratische Institutionen zu werben. Damit alle wichtigen Zielgruppen erreicht werden, muss die Demokratie dabei auch zu den Menschen, in die Stadtteile kommen. Besonders in den Quartieren lassen sich diejenigen einbeziehen, die noch nicht oder nicht mehr interessiert sind. Auch neuzugewanderte Personen sind im Stadtteil besonders gut zu erreichen.

Die konkrete Bearbeitung des Themas soll in ausgewählten Quartieren mit unterschiedlichen Infrastrukturqualitäten pilotiert werden.

Ziele und Maßnahmen

- ⇒ quartiersorientierte Angebote und Maßnahmen sind erfasst, konkret beschrieben und aufeinander abgestimmt – Herstellung von Transparenz
- ⇒ relevante Themen in den Quartieren und Desintegrationstendenzen sind identifiziert
- ⇒ Integrationsbemühungen und die „Stimmung“ in den Quartieren sind bekannt und systematisch erfasst
- ⇒ bestehende Institutionen sind für alle Bewohner*innen offen
- ⇒ interdisziplinäre Zugänge zu den Bewohner*innen sind erprobt und eingeführt
- ⇒ in den Quartieren findet ein regelhafter Austausch mit den Bürger*innen statt
- ⇒ Erarbeitung von Vorschlägen und Projektideen zur Förderung der Quartiersidentität, des sozialen Miteinanders und des „Einheimisch-Werden-Könnens“ in den Quartieren – gute Beispiele sind kommuniziert

Besetzung der Arbeitsgruppe

Stadt Bielefeld – Dezernate 2, 4 und 5, Komm. Integrationszentrum, (ggf. Bezirksamter), AGW, BJR, Stadtteilkoordination/-arbeit der Freien Träger, Wohnungsunternehmen, Integrationsrat

Prozessverantwortliches Tandem

Marc Korbmacher, AGW/Diakonie für Bielefeld
Gisela Krutwage, Sozialdezernat/Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Thema:

Optimierung von (Erst-)Unterstützungsstrukturen

Integrationspolitisches Ziel

14. Verbesserung von Integrationschancen für Neuzuwanderinnen bzw. Neuzuwanderer durch spezifische Beratungsangebote
16. Verbesserung des Zugangs zu Fach- und Regeldiensten (Behörden, öffentl. Institutionen und Träger).

Ausgangssituation / Aktuelle Herausforderungen

Für Neuzugewanderte ist es nicht leicht, das deutsche Hilfesystem zu verstehen und die richtigen Ansprechpartner*innen für ganz unterschiedliche Probleme und Fragestellungen zu finden. Je nach Rechtsstatus können die Ausländerbehörde, das Sozialamt, die Bürgerberatung oder das Ankunfts-zentrum erste Anlaufstelle und zuständig sein. Eine wichtige Rolle spielen zudem Schlüsselakteure aus den eigenen ethnischen Communities, ehrenamtliche Initiativen, Migrantenorganisationen oder Stadtteilinitiativen.

Ein Teil der Menschen erhält im Rahmen der Erst-Orientierung kaum oder nur reduzierte Informationen über das Beratungs- und Unterstützungssystem. Infolgedessen werden vorhandene Möglichkeiten des Spracherwerbs, der Qualifizierung, der Anerkennung von Abschlüssen usw. zu wenig zielgerichtet genutzt. Dies führt zu Zeit- und Ressourcenverlusten.

Zwar existieren vielfältige Beratungsangebote und partiell auch Trägervereinbarungen, es mangelt aber an Transparenz, Absprachen und regelmäßigem Austausch.

Da die Art und Weise des Ankommens und der Erst-Orientierung starken Einfluss auf den weiteren Integrationsprozess haben, ist es von besonderer Bedeutung, frühzeitig durch individuell angepasste Förderangebote zu unterstützen. Die unmittelbare, kompetente und unbürokratische Weitergabe von Informationen und die Vermittlung an entsprechende Integrationsangebote und Fachdienste trägt dazu bei, die Integration der Neuzugewanderten und Geflüchteten nachhaltig zu verbessern.

Ziele und Maßnahmen

- ⇒ Neuzugewanderte erhalten bei ihrer Ankunft in Bielefeld zeitnah einen Überblick über Möglichkeiten der Erstberatung und Unterstützung
- ⇒ Potentielle Anlaufstellen kennen die relevanten Erstberatungsstellen mit ihren jeweiligen Unterstützungsprofilen
- ⇒ Abstimmung von Formen der Zusammenarbeit zwischen Erstberatungsstellen und langfristigen Unterstützungs- und Fördersystemen
- ⇒ Entwicklung eines Handlungskonzeptes für eine zielorientierte Erst-Orientierung für Neuzugewanderte mit klar definierten Förderinstrumenten (z.B. Laufmappe)

Besetzung der Arbeitsgruppe

Kommunales Integrationszentrum, Bildungsbüro/(Kommunale Koordinierung für Neuzugewanderte), Ausländerbehörde, Bürgerberatung, BAMF, Integrationskursträger, REGE, Integrationsrat, Fachstelle für Flüchtlinge, Clearingstelle bzw. Migrationsberatung für Erwachsene, Integrationsagenturen, Jugendmigrationsdienst

Prozessverantwortliches Tandem

Kirsten Hopster, AGW/Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bielefeld e.V.
Annegret Grewe, Kommunales Integrationszentrum